

Initiativantrag

Initiator*innen: Landesvorstand der Jusos Sachsen (dort beschlossen am: 23.04.2026)

Titel: Sichtbarkeit ist politisch: CSD schützen statt einschränken

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an die Fraktion der SPD im Sächsischen Landtag sowie an den Landesvorstand der SPD Sachsen weiterleiten:

Antragstext

1 Auf dem letzten Landesparteitag im Juni 2025 wurde der Antrag „Queere Rechte
2 sind nicht verhandelbar – in Sachsen, im Bund und in Europa“ beschlossen. Damit
3 hat sich die SPD selbst verpflichtet: Schutz, Unterstützung und aktive
4 Verteidigung queerer Rechte, ohne Wenn und Aber.

5 Gleichzeitig zeigt sich die hässliche Fratze der sächsischen Realität. In
6 Sachsen gab es letztes Jahr 17 Christopher Street Days (CSD). Zu 11 davon waren
7 rechtsradikale Gegendemonstrationen angemeldet. Die Bilder vom Neonazi-Aufmarsch
8 anlässlich des CSD Bautzen 2024 sind uns noch gut im Gedächtnis geblieben. Die
9 Angriffe auf queere Menschen in Sachsen sind im Jahr 2025 auf 160 gestiegen, die
10 meisten davon sind von Rechts motiviert. Die Dunkelziffer wird dabei viel höher
11 sein.

12 Aber nicht nur von neonazistischer Seite gehen die Angriffe auf queere
13 Sichtbarkeit aus. Seit der Entscheidung der Landesdirektion Sachsen, gilt das
14 politische Straßenfest des CSD Dresden plötzlich nicht mehr als politische
15 Veranstaltung. Der CDU-Innenminister Armin Schuster bestätigt dies: Bei einem
16 queeren Straßenfest könne er keine politische Meinungsäußerung erkennen. Mit
17 Bühnenprogramm, Gastronomie und Konzerten sei kein Versammlungscharakter

erklärbar. Wir erkennen darin einen klaren Angriff auf die freie Versammlungsgestaltung. Wenn queere Menschen auf der Bühne auftreten, dann ist das unmissverständliche Ziel nicht die Unterhaltung der breiten Masse, sondern Sichtbarkeit marginalisierter Menschen. Wir werten die Aberkennung des Versammlungsstatus für das Straßenfest als einen kaum kaschierten Versuch, die Sichtbarkeit queerer Menschen einzuschränken. Die Folgen sind absehbar und gravierend: steigende Kosten, höhere Sicherheitsauflagen und damit hohe Hürden für einen der wichtigsten Orte queerer Sichtbarkeit in Sachsen.

Der Innenminister verkennt, dass Versammlungen nicht ausschließlich den Charakter politischer Demonstrationen haben müssen und begibt sich somit in die Tradition technokratischer Behördenleiter, die die Sichtbarkeit queeren Lebens einzuschränken versuchen. Es ist weit mehr als nur der Kampf gegen die staatliche Unterdrückung selbstbestimmten Lebens. Es geht um Sichtbarkeit, stolzes Feiern der eigenen Selbstbestimmtheit und darum, dem Hass gegen alles, was nicht als cis und heterosexuell wahrgenommen wird, eine farbenfrohe Gegendarstellung zu bieten. Seit den Stonewall Riots erkämpfte Rechte und Sichtbarkeit dürfen nicht durch rückwärtsgewandte und diskriminierende Haltungen wieder eingeschränkt werden. Wenn ein CSD geschwächt oder unmöglich gemacht wird, verschwindet nicht nur ein Fest. Es verschwindet ein Schutzraum. Ein Ort der Vernetzung. Ein Raum, in dem Menschen sich sicher fühlen, sich zeigen können und politische Forderungen sichtbar werden.

Was hier passiert, ist eine politische Entscheidung mit realen Konsequenzen für eine ohnehin vulnerable Gruppe. Vor allem durch Einsparungen in den Kommunen, Land und Bund gehen queere Projekte zurück und Schutzräume verschwinden. Außerdem werden Förderprogramme nicht mehr finanziert, die für Aufklärung sorgen. Die Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BFSFJ) Karin Prien (CDU) hat kürzlich den Begriff "Queer" aus allen Bereichen ihres Ministeriums verbannt. So ist jetzt der Titel der Queerbeauftragten Sophie Koch (SPD) "Beauftragte für Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt". Auch der Aktionsplan Queer Leben wird nicht umgesetzt. Auch in Sachsen gibt es keine*n Queerbeauftragte*n. Bisher ist dieser Aufgabenbereich stattdessen ein Teil der Jobbeschreibung der Landesbeauftragten für Antidiskriminierung und hat dort nur begrenzte Handlungsoptionen.

Und während genau das geschieht, bleibt die SPD Sachsen relativ still.

Reicht ein kurzes Interview oder ein Insta-Post? Wir sagen nein, es braucht eine öffentliche Debatte ausgehend von der Landespartei. Denn diese öffentliche Inaktivität hat Konsequenzen: Sie lässt queere Menschen allein in einem politischen Klima, das ohnehin rauer wird. Für uns muss unmissverständlich klar sein, dass wir als Verbündete für die Rechte queerer Menschen eintreten,

57 ungeachtet der Befindlichkeiten des Koalitionspartners. Gerade jetzt braucht es
58 klare Haltung. Klare Worte. Und vor allem: konkretes Handeln. Wer behauptet,
59 queere Rechte seien nicht verhandelbar, darf nicht schweigen, wenn genau diese
60 Rechte unter Druck geraten. Dann braucht es Widerspruch. Öffentlichen Druck.
61 Politischer Einsatz. Unbrechbare Solidarität. Alles andere ist nichts als ein
62 Lippenbekenntnis.

63 Die Jusos Sachsen verstehen sich klar und unmissverständlich als Verbündete
64 queerer Menschen. Wir bekennen uns zum Einsatz für queere Rechte, Schutzräume
65 und Sichtbarkeit. Dabei kann es für uns keine Bedingungen oder Einschränkungen
66 geben. Das öffentliche Verhalten der SPD-Fraktion in dieser Sache empfinden wir
67 als zu wenig und fordern die Fraktion in ihrer Gesamtheit dazu auf, sich
68 öffentlich klar gegen den Abbau queerer Rechte durch die Landesdirektion zu
69 positionieren. Weiterhin fordern wir die Landtagsfraktion dazu auf, die
70 Rücknahme der Herabstufung des CSD Dresden zur Veranstaltung öffentlich
71 anzustreben.